



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Geschäftsstelle Bürgerallianz Thüringen e. V. • Kurhausstraße 6 • 36433 Bad Salzungen
Landesvorsitzender Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden, Fon: 03683/402048

Thüringer Innenministerium
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Ihr Zeichen: 34.20-1521-3/2010 Ihr Schreiben vom: 19.01.2010 Datum: 17.03.2010
VIS: 3097/2010

Stellungnahme zum Straßenausbaubeitragsrecht in Thüringen (Termin:31.03.2010)

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne kommt die Bürgerallianz, als Dachverband von über 100 Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben, Ihrer Aufforderung zur Abgabe einer aktualisierten Stellungnahme zum Komplex „Straßenausbaubeiträge in Thüringen“ nach.

Das vorliegende Rechtsgutachten von Prof. Brenner ist nicht geeignet das Problem der Erhebung von ungerechten Straßenausbaubeiträgen zu lösen.

Dieses Gutachten geht grundsätzlich von der Beibehaltung der Beitragserhebung aus.

Die Bürgerallianz vertritt aber die Auffassung, dass eine Sonderabgabe aus der Kaiserzeit (um 1880) nicht den Anforderungen einer modernen, flexiblen und bürgerfreundlichen kommunalen Entwicklung gerecht werden kann.

Straßen sind nur als Infrastruktursystem für eine positive kommunale Entwicklung funktionsfähig. Da dem Straßenausbaubeitragsrecht die Grundlage, den grundstücksbezogenen, besonderen wirtschaftlichen Vorteil fehlt, muss die Finanzierung nach dem Verursacherprinzip erfolgen.

Straßenausbaubeiträge finden wegen ihrer undurchsichtigen Berechnungsgrundlagen, den meist unzumutbaren Belastungen für Grundstückseigentümern und ihrer Willkürlichkeit keine Akzeptanz bei den Menschen.

Auch eine geänderte Gesetzeslage mit Beiträgen würde zu keiner akzeptablen Lösung bei den Bürgerinitiativen der Bürgerallianz Thüringen führen. Der Thüringer Landtag, die Kommunen und Gerichte hätten weiter mit unzähligen Widersprüche, Gerichtsverfahren und Petitionen zu rechnen.

Nach dem Urteil des OVG flächendeckend und rückwirkend Straßenausbaubeiträge in ganz Thüringen zur Pflicht zu machen, ist die Politik insbesondere der Gesetzgeber gefragt.

Bei einer neuen Regelung des KAG sollten folgende Grundsätze beachtet werden:

1. ein grundstücksbezogener, besonderer, wirtschaftlicher Vorteil muss im Einzelnen nachweisbar sein.
2. eine Rückwirkung ist wegen der Einhaltung des Rechtsfriedens und Vertrauen in die demokratische Rechtsordnung nicht vorzunehmen.

3. der Schutz des Eigentums gemäß Grundgesetz (Art.14) darf durch Abgaben und Beiträge nicht missachtet werden
4. der Gleichbehandlungsgrundsatz Art. 3 des GG muss Beachtung finden
5. die kommunale Selbstverwaltung der Kommunen ist zu gewährleisten, d.h. Kommunen müssen Gestaltungsspielraum über Art und Weise ihrer Finanzierungsmöglichkeiten haben.

Unsere grundsätzliche Meinung ist: „**Was alle Bürger nutzen - müssen alle Bürger bezahlen**“

Alle öffentlichen Straßen, in der Bundesrepublik, also auch alle kommunalen Straßen sind deshalb einheitlich durch Steuern zu finanzieren.

Eine Länderratsinitiative, dass die Kfz-Steuer wieder eine Landessteuer wird und Teile des Kfz-Steueraufkommens für den kommunalen Straßenausbau verwendet werden können, ist nur eine der akzeptablen Lösungen für einen beitragsfreien kommunalen Straßenausbau.

Die Bürgerallianz erklärt ihre Bereitschaft an der Erarbeitung eines neuen Gesetzes mitzuarbeiten und legt dazu einen Gesetzentwurf als Diskussionsgrundlage vor. Dieser ist ein erster Kompromissvorschlag, welcher den realistischen und finanziellen Bedingungen in Thüringen gerecht wird und eine Abschaffung von Beiträgen ermöglicht und noch Veränderungen zu lässt.

Zu Gesprächen zu dieser Erklärung, dem Gesetzentwurf und anderen Alternativen ist die Bürgerallianz Thüringen jederzeit bereit.

Zwangsbeiträge sind nicht europatauglich und schaffen Nachteile für die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen. Die Bürgerallianz hofft auf das engagierte Handeln der Ministerpräsidentin Frau Lieberknecht und des Innenministers Prof. Huber zur Herstellung von Gerechtigkeit.

Diese Stellungnahme der Bürgerallianz wurde am 17.03.2010 von den Teilnehmern der Fachtagung „SAB“ in Erfurt bestätigt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Hammen
Landesvorsitzender Bürgerallianz Thüringen